

## Z-23 Krankenhäuser zurück in die Kommunale Hand

Gremium: GRÜNE JUGEND NRW

Beschlussdatum: 25.05.2021

Tagesordnungspunkt: NRW zusammenhalten – mit diesen Projekten erneuern wir das soziale Versprechen in bewegten Zeiten (Soziales, Wohnen, Arbeit, Gesundheit und Pflege, Kommunen, ...)

### **Kurzbeschreibung des Projekts, inklusive Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen für die Wähler\*innen**

Krankenhäuser in kommunaler Hand sind im Sinne der Daseinsvorsorge, weil sie nicht profitable Fachabteilungen und Versorgungsaufgaben im Interesse ihrer Bevölkerung erbringen können. Zusätzlich zu einem Stopp weiterer Privatisierungen im Gesundheitssystem, braucht es einen Schritt in die entgegengesetzte Richtung.

Schließlich kann so auf lokaler Ebene bei den verheerenden Fehlanreizen des Fallpauschalensystems gegengesteuert werden.

### **Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um (z.B. Verkehrswende)?**

Eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Insbesondere Gewerkschaften, Menschen im ländlichen Raum und weitere Menschen, die an einer medizinischen Unterversorgung leiden können mit dieser Idee überzeugt werden. Wirtschaftsliberale Wähler\*innengruppen und Parteien werden die hohen Kosten angreifen.

### **Worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen Profils, worin die Möglichkeit der kommunikativen**

Gerade im ländlichen Raum NRWs, besitzen private Krankenhausbetreiber\*innen häufig ein De-Facto-Monopol. Wenn dort vorrangig Abteilungen ausgebaut werden, mit denen sich Profite erwirtschaften lassen, während nicht lukrative Abteilungen zurückgebaut werden, führt dies zu einer Unterversorgung. Sich der Problematik anzunehmen ist insbesondere im Sinne der Menschen im ländlichen Raum.

### **Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich, finanziell, zeitlich)?**

Ehemals städtische Kliniken sollen, insbesondere dort wo es wenig unterschiedliche Anlaufstellen für medizinische Versorgung gibt, zurück in kommunale Trägerschaft. Damit sich auch arme Kommunen diese Rekommunalisierung leisten können, müssen sie vom Land mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden.

Das Klinikum Peine in Niedersachsen zeigt wie die Entwicklung verlaufen kann, wenn zu spät erkannt wird, dass es sich bei stationärer bedarfsgerechter medizinischer Versorgung um eine öffentliche Aufgabe handeln muss. In Dortmund sieht man, welchen Vorteil bzw. welchen Mehrwert das Festhalten an den kommunalen Trägerschaft mit sich bringen kann.